

Beschlussvorlage

zur Behandlung im: **Gemeinderat**

Vorberatung im: **Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Verwaltung**

Betreff: Jahresabschluss 2010 Altenhilfe Tübingen gGmbH

Bezug:

Anlagen: 1 Bezeichnung: Jahresabschluss 2010 der AHT (Veröffentlichungsversion)

Beschlussantrag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung der Altenhilfe Tübingen gGmbH folgende Beschlüsse herbeizuführen:

1. Der Jahresabschluss 2010 der Altenhilfe Tübingen gGmbH wird in der vorgelegten und geprüften Fassung mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 59.476,90 € festgestellt.
2. Der Jahresfehlbetrag wird auf neue Rechnung 2011 vorgetragen.
3. Der Geschäftsführung wird Entlastung erteilt.
4. Dem Aufsichtsrat wird Entlastung erteilt.
5. Die Firma WIBERA Wirtschaftsberatung AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wird als Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2011 bestellt.

Finanzielle Auswirkungen		Jahr:	Folgej.:
Investitionskosten:	€	€	€
bei HHStelle veranschlagt:			
Aufwand / Ertrag jährlich	€	ab:	

Ziel:

Feststellung des Jahresabschlusses, Beschlussfassung über die Gewinnverwendung, Entlastung von Geschäftsführung und Aufsichtsrat sowie ordnungsgemäße Bestellung des Wirtschaftsprüfers für den Jahresabschluss 2011.

Begründung:

1. Anlass / Problemstellung

Die Geschäftsführung hat den Jahresabschluss 2010 der AHT vorgelegt. Zuständig für die Feststellung des Jahresabschlusses, die Entlastung von Geschäftsführung und Aufsichtsrat sowie die Bestellung des Abschlussprüfers ist nach Gesellschaftsvertrag die Gesellschafterversammlung. Der Oberbürgermeister vertritt die Universitätsstadt Tübingen in der Gesellschafterversammlung der AHT. Der Gemeinderat beauftragt den Oberbürgermeister dort nach seiner Weisung abzustimmen.

2. Sachstand

Zu Beschlussantrag 1 und 2

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches und der Pflegebuchführungsverordnung erstellt. Er beinhaltet für das Geschäftsjahr 2010 die Bilanz zum 31.12.2010, die Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01.2010 bis 31.12.2010 sowie den Lagebericht 2010.

Der Jahresabschluss 2010 wurde von der unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft WIBERA AG, Stuttgart geprüft. Der Prüfbericht enthält einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers.

Aus der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2010 ergab sich ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 59.476,90 €. Der Fehlbetrag erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr (20.376,41 €) um ca. 39.000 €. Während sich für die stationären Einrichtungen ein sehr positiver Verlauf verzeichnen lässt (123.244 € über Planansatz), haben sich bei den beiden Leistungsbereichen Tagespflege und Ambulanter Dienst finanzielle Defizite ergeben. Die Refinanzierungsproblematik bei der Tagespflege ist bereits aus dem Jahr 2009 bekannt, weshalb das Jahr 2010 genutzt wurde, um ein Sanierungskonzept auf dem Weg zu bringen. Auch der Umsatzeinbruch beim Ambulanten Dienst im Jahr 2010 in Höhe von 51.097 € im Vergleich zum Vorjahr war so nicht erwartet, weshalb auch hier die Geschäftsführung einen Sanierungsvorschlag vorgelegt hat, dem der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 10.05.2011 zustimmte.

Der Fehlbetrag 2010 soll auf neue Rechnung vorgetragen werden und erhöht dadurch den bestehenden Verlustvortrag auf 607.099 €.

Die Ergebnisverwendung 2010 stellt sich wie folgt dar:

Jahresfehlbetrag 2010	- 59.476,90 €
Verlustvortrag zum 31.12.2009	-547.622,03 €
Verlustvortrag zum 31.12.2010	- 607.098,93 €

Auf den Geschäftsbericht 2010 (Anlage 1 wird verwiesen).

Zu Beschlussantrag 3 und 4

Der Abschlussprüfer hat dem Jahresabschluss 2010 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt und damit der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat bestätigt, dass ordnungsgemäß gearbeitet worden ist. Gründe die Entlastungen abzulehnen liegen nicht vor.

Zu Beschlussantrag 5

Die WIBERA hat bereits die Jahresabschlüsse 2007 bis 2010 der AHT geprüft. Dabei hat die AHT generell positive Erfahrungen gemacht. Üblicherweise sollte der Abschlussprüfer im 5 Jahres Rhythmus gewechselt werden. Dieser Turnus wäre bei einer Bestellung der WIBERA zum Abschlussprüfer für den Abschluss 2011 eingehalten. Nach dem Beck'schen Bilanzkommentar zum HGB kann der Abschlussprüfer nur für ein Geschäftsjahr bestellt werden.

3. Vorschlag der Verwaltung

Die Verwaltung schlägt vor, entsprechend den Beschlussanträgen abzustimmen.

4. Lösungsvarianten

Zu Beschlussantrag 2

Die Stadt gleicht den Jahresfehlbetrag 2010 aus Mitteln des städtischen Haushalts 2011 aus.

5. Finanzielle Auswirkungen

Bei einer Entscheidung entsprechend dem Beschlussantrag ergeben sich keine finanziellen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt

6. Anlagen

Jahresabschluss mit Lagebericht 2010 (Veröffentlichungsversion)

Jede Fraktion hat zur Aufsichtsratssitzung am 10.05.2011 eine Ausfertigung des Prüfungsberichts 2010 erhalten. Auf diese wird verwiesen.

Jahresabschluss 2010 Altenhilfe Tübingen gGmbH

(Veröffentlichungsversion)



Firma Altenhilfe Tübingen gGmbH
Bilanz zum 31. Dezember 2010

Aktivseite	31.12.2010 EUR	31.12.2008 EUR	Passivseite	31.12.2010 EUR	31.12.2009 EUR
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>	12.563,19	8.070,35	I. Gezeichnetes Kapital	3.412.500,00	3.412.500,00
II. <u>Sachanlagen</u>			II. Verlustvortrag	-547.622,03	-527.245,62
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	10.108.475,16	10.392.777,39	III. Jahresfehlbetrag	-59.476,90	-20.376,41
2. Technische Anlagen	73.803,32	88.357,61		2.805.401,07	2.864.877,97
3. Einrichtungen und Ausstattung ohne Fahrzeuge	376.766,66	335.010,60			
4. Fahrzeuge	24.951,13	38.460,24	B. Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens		
	10.583.996,27	10.854.605,84	1. Sonderposten aus öffentlichen Fördermitteln		
B. Umlaufvermögen			für Investitionen	4.801.581,74	4.996.883,92
I. <u>Vorräte</u>			2. Sonderposten aus nicht-öffentlicher Förderung für Investitionen		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	25.253,50	23.839,65		184.860,30	204.733,16
	25.253,50	23.839,65	C. Rückstellungen	4.986.442,04	5.201.617,08
II. <u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>				99.191,30	129.525,05
1. Forderungen aus Lieferung und Leistungen	166.334,71	180.321,58	D. Verbindlichkeiten		
2. Forderungen an Gesellschafter	40.000,00	40.000,00	1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	81.101,82	97.195,52
3. sonstige Vermögensgegenstände	43.248,91	42.375,54	2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.194.210,58	3.272.078,50
	249.583,62	262.697,12	3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	0,00	24.252,50
III. <u>Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks</u>	324.889,51	456.953,32	4. Verbindlichkeiten aus nicht-öffentlicher Förderung für Investitionen	3.000,00	0,00
C. Rechnungsabgrenzungsposten	27.304,19	28.232,93	5. sonstige Verbindlichkeiten	43.588,03	38.189,00
	11.223.590,28	11.634.399,21	6. Verwahrgeldkonto	8.467,51	5.208,73
			7. Umsatzsteuer	2.187,93	1.454,86
				3.332.555,87	3.438.379,11
				11.223.590,28	11.634.399,21

Firma Altenhilfe Tübingen gGmbH
Gewinn- und Verlustrechnung
- für die Zeit vom 01.01.2010 bis 31.12.2010 -

	2010 EUR		2009 EUR	
1. Erträge aus allgemeinen Pflegeleistungen gemäß Pflege VG	3.749.334,43		3.621.729,56	
2. Erträge aus Unterkunft und Verpflegung	1.150.706,30		1.128.380,92	
3. Erträge aus Zusatzleistungen und Transportleistungen nach PflegeVG	4.956,90		3.170,70	
4. Erträge aus gesonderter Berechnung von Investitionskosten gegenüber Pflegebedürftigen	460.105,33		459.843,25	
5. sonstige betriebliche Erträge	533.916,79	5.899.019,75	555.313,77	5.768.438,20
6. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	3.403.957,63		3.322.515,77	
b) Sozialabgaben, Altersversorgung und sonstige Aufwendungen	915.850,21	4.319.807,84	898.100,45	4.220.616,22
7. Materialaufwand				
a) Lebensmittel	312.770,39		287.046,61	
b) Wasser, Energie, Brennstoffe	273.252,81		253.529,24	
c) Wirtschaftsbedarf, Verwaltungsbedarf	477.954,76	1.063.977,96	467.788,19	1.008.364,04
8. Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen		24.038,71		22.733,62
9. Steuern, Abgaben, Versicherungen		54.422,47		52.043,40
10. Mieten, Pacht, Leasing		10.252,74		10.581,64
Zwischenergebnis		426.520,03		454.099,28
11. Erträge aus öffentlicher und nicht öffentlicher Förderung für Investitionen		3.000,00		0,00
12. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten		215.175,04		215.153,20
13. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/ Verbindlichkeiten		3.000,00		0,00
14. Abschreibungen				
a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögens- gegenstände und Sachanlagen		415.831,73		411.981,21
b) Abschreibungen auf Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		888,89		1.460,38
15. Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung		107.832,28		111.200,19
16. Sonstige ordentliche und außerordentliche Aufwendungen		68.647,68		59.707,69
Zwischenergebnis		48.494,49		84.903,01
17. Zinsen und ähnliche Erträge	5.503,45		10.811,72	
18. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	118.445,60	-112.942,15	137.540,53	-126.728,81
19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-64.447,66		-41.825,80
20. außerordentliche Erträge	8.921,59		3.163,55	
21. außerordentliche Aufwendungen	4.754,71		3.012,96	
22. Weitere Erträge	803,88		21.298,80	
23. Außerordentliches Ergebnis	4.970,76	4.970,76	21.449,39	21.449,39
24. Jahresüberschuss / -fehlbetrag		-59.476,90		-20.376,41

Altenhilfe Tübingen gGmbH

Anhang für das Geschäftsjahr 2010

A. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Der Jahresabschluss wurde nach den Gliederungs-, Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden des Handelsgesetzbuches unter Berücksichtigung der Pflegebuchführungsverordnung aufgestellt. Ergänzend zu diesen Vorschriften wurden die Regelungen des Gesellschaftervertrags und des GmbH-Gesetzes beachtet.

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung entspricht dem § 4 PBV.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsansätze wurden gegenüber dem Vorjahr grundsätzlich beibehalten.

B. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Anlagevermögen

Erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten abzüglich Abschreibung angesetzt. Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich Abschreibung angesetzt. Zuschüsse zu Anschaffungs- und Herstellungskosten von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens werden im Jahr des Zugangs in Sonderposten aus Zuschüssen und Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens eingestellt. In die Herstellungskosten des Anlagevermögens sind keine Fremdkapitalzinsen einbezogen.

Immaterielle Vermögensgegenstände werden planmäßig in 3 Jahren linear abgeschrieben.

Die planmäßige Abschreibung bei den Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens werden wie folgt vorgenommen:

<u>Bilanzposition</u>	<u>Abschreibungsmethode</u>	<u>Nutzungsdauer</u>
Gebäude	linear	50 Jahre
Außenanlagen	linear	15 - 25 Jahre
technische Anlagen und Maschinen	linear	5 - 10 Jahre
andere Anlagen Betriebs- und Geschäftsausstattung	linear	4 - 10 Jahre

Geringwertigen Wirtschaftsgüter

Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis € 150 (geringwertige Wirtschaftsgüter) fließen sofort in den Aufwand. Wirtschaftsgüter mit einem Anschaffungswert über € 150 bis € 1000 (ohne MwSt.) werden seit dem 01.01.2008 in einem jahresbezogenen Sammelposten (Pool) über eine Laufzeit von 5 Jahren abgeschrieben. Die Pools werden nicht wertberichtigt, auch wenn darin erfasste Wirtschaftsgüter vorzeitig ausscheiden oder veräußert werden.

Vorräte

Die Bewertung der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe erfolgte zu den letzten Einstandspreisen.

Forderungen

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden grundsätzlich zum Nennwert angesetzt. Für erkennbare Risiken werden entsprechend vernünftiger kaufmännischer Beurteilung angemessene Pauschalwertberichtigungen vorgenommen. Für uneinbringliche Forderungen werden Einzelwertberichtigungen vorgenommen.

Flüssige Mittel

Der Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten wurden zu Nominalwerten angesetzt.

Eigenkapital

Das Eigenkapital ist mit seinem Nennwert angesetzt.

Sonderposten

Für Sonderposten aus Zuschüssen und Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens erfolgen der Ansatz und die Bewertung nach § 5 PBV.

Rückstellungen

Rückstellungen werden in Höhe ihrer voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet. Sie berücksichtigen alle erkennbare Risiken und der Höhe nach noch nicht feststehende Verbindlichkeiten.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten werden grundsätzlich mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Rechnungsabgrenzung

Für Ausgaben oder Einnahmen vor dem Abschlussstichtag, die Aufwand oder Ertrag nach dem Abschlussstichtag darstellen, werden Rechnungsabgrenzungen vorgenommen.

C. Angaben zu Posten der Bilanz

Die Entwicklung und Gliederung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist unter Angabe der vorgenommenen Abschreibung aus dem als Anlage beigefügten Anlagenachweis ersichtlich. Teilflächen der Grundstücke Frischlinstraße und Schmiedtorstraße in Tübingen sind mit einem Erbbaurecht belastet.

Steuerliche Sonderabschreibungen, außerplanmäßige Abschreibungen und Zuschreibungen zum Sachanlagevermögen wurden nicht vorgenommen.

Zuschüsse zu Investitionen zum Sachanlagevermögen sind in der Bilanz als Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens auf der Passivseite ausgewiesen.

Die Gliederung und die Restlaufzeit der Forderungen und der sonstigen Vermögensgegenstände ist aus dem als Anlage beigefügten Forderungsspiegel ersichtlich.

Unter der Position sonstige Vermögensgegenstände sind keine Forderungen ausgewiesen, die rechtlich erst nach dem Abschlussstichtag entstehen.

Die aktive Rechnungsabgrenzung enthalten:

vorausbezahlte Kfz-Steuer
vorausbezahlte Versicherungsbeträge
Guthaben aus Mobiltelefonverträgen.

Das gezeichnete Kapital beträgt EUR 3.412.500,00 und ist voll einbezahlt.

Die Entwicklung des Sonderpostens aus Zuschüssen und Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens ist aus der als Anlage beigefügten Fördernachweiszusammenstellung ersichtlich.

Die Aufgliederung und die Entwicklung der Rückstellungen ist aus dem als Anlage beigefügten Rückstellungsspiegel ersichtlich.

Die Aufgliederung und die Restlaufzeit der Verbindlichkeiten ist aus dem als Anlage beigefügten Verbindlichkeitspiegel ersichtlich. In den Verbindlichkeiten sind keine Verbindlichkeiten größeren Umfangs enthalten, die rechtlich erst nach dem Abschlussstichtag entstanden sind.

Die Darlehensverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von insgesamt T€ 3.171 sind durch eine Ausfallbürgschaft der Stadt Tübingen abgesichert.

Die restlichen Verbindlichkeiten sind nicht abgesichert, mit Ausnahme der bei Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung bestehenden Eigentumsvorbehalte.

D. Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Am Abschlussstichtag bestanden keine Haftungsverhältnisse i.S. von § 251 HGB.

Am Abschlussstichtag bestanden in der Bilanz nicht ausgewiesene sonstige finanzielle Verpflichtung in Höhe von T€ 313.

E. Angaben zu Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse betreffen allgemeine Pflegeleistungen, Erträge aus Unterkunft und Versorgung, Erträge aus Zusatzleistungen und Transportleistungen sowie Erträge aus gesonderter Berechnung von Investitionskosten.

Die außerordentlichen Aufwendungen beinhalten keine wesentlichen Aufwendungen.

Die Abschreibung beinhaltet keine Sonderabschreibung und keine außerplanmäßige Abschreibungen.

F. Sonstige Angaben

Arbeitnehmer

Während des abgelaufenen Geschäftsjahres waren durchschnittlich beschäftigt

	<u>Geschäftsjahr</u>	<u>Vorjahr</u>
Angestellt	159	158
Insgesamt	159	158

Die versorgungspflichtigen Entgelte zur Zusatzversorgungskasse des kommunalen Versorgungsverbandes Baden-Württemberg betragen T€ 3.275. Der Umlagesatz beläuft sich auf 5,5 %, davon sind 0,15 % Arbeitnehmeranteil. Außerdem ist Sanierungsgeld in Höhe von 1,7 % und ein Zusatzbeitrag in Höhe von 0,22 % zu entrichten.

Geschäftsführer

Geschäftsführer der Gesellschaft ist:

<u>Name</u>	<u>Vorname</u>	<u>Umfang der Vertretungsbefugnis</u>
Kaufmann	Markus	Der Geschäftsführer ist einzelvertretungsberechtigt und ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Die Angabe der Höhe der Vergütung an Geschäftsführer wird gem. § 286 Abs. 4 HGB unterlassen.

Das Honorar für die Prüfung des Jahresabschlusses beträgt € 10.500.

Aufsichtsrat

Vorsitzende des Aufsichtsrats sind:

<u>Name</u>	<u>Position</u>	<u>ausgeübter Beruf</u>
Michael Lucke	Vorsitzender	Erster Bürgermeister
Helga Vogel	1. stellvertretende Vorsitzende	Krankenschwester
Gerlinde Strasdeit	2. stellvertretende Vorsitzende	Arzthelferin

Weitere Mitglieder des Aufsichtsrats sind:

Dr. Doris	Bartelt-Rutz	Ärztin
Evelyn	Ellwart-Mitsanas	Öffentlichkeitsarbeiterin
Dr. Lisa	Federle	Ärztin
Bruno	Gebhart-Pietzsch	selbst. Kaufmann
Ulrike	Heitkamp	Hausfrau
Rudi	Hurlebaus	Bäckermeister
Amely	Krafft	Studentin
Anne	Kreim	Hausverw.- u. Baubetreuung
Dr. Albrecht	Kühn	Arzt
Andera	Le Lan	Lehrerin
Aynur	Söylemez	Verkäuferin
Jürgen	Steinhilber	Dipl. Kaufmann
Gerlinde	Strasdeit	Arzthelferin
Helga	Vogel	Krankenschwester

Stellvertreter der Mitglieder des Aufsichtsrats sind:

Susanne	Bächer	Grafikerin
Dieter	Barth	IHK-Hauptgeschäftsführer i. R.
Roland	de Beauclair	Prähistorischer Archäologe
Gottfried	Gehr	Bäcker-u. Konditormeister
Bernd	Gugel	Druckform- und Druckvorlagenhersteller
Angela	Hauser	Krankenschwester, Sozialpädagogin
Dorothea	Kliche-Behnke	Doktorandin
Sabine	Lüllich	Einzelhandelskauffrau
Arnold	Oppermann	Rechtsanwalt
Dr. Gretel	Schwägerle	Ärztin
Dr. Kurt	Sütterlin	Schulamtsdirektor a. D.
Klaus	te Wildt	Verwaltungsjurist i. R.
Alisa	Volkert	Studentin
Aster	Yeman	Studentin

In 2010 ausgeschiedene Mitglieder sind:

Herr Thomas Truffner, Herr Gerhard Kehrer, Frau Dr. Locher-Finke

Die Aufsichtsratsvergütung (Sitzungsgeld) betrug im Jahr 2010: € 1.080

Vorschlag für die Ergebnisverwendung

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresfehlbetrag in Höhe von 59.476,90 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Anlagen zum Anhang

Der Anlagennachweis, Forderungen-, Rückstellungen- und Verbindlichkeitspiegel sowie der Fö dernachweis nach Landesrecht sind als Anlage beigefügt.

Tübingen, den 17.03.2011

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Markus Kaufmann', written in a cursive style.

(Markus Kaufmann)

Firma Altenhilfe Tübingen gGmbH

Anlagen nachweis / Anlagenspiegel

Bilanzposten	Entwicklung der Anschaffungswerte					Entwicklung der Abschreibungen					Buchwert	
	01.01.2010 EUR	Zugang EUR	Umbuchungen EUR	Abgang EUR	31.12.2010 EUR	01.01.2010 EUR	Abschreibungen EUR	Umbuchungen EUR	Zuschreibungen EUR	Abgänge EUR	31.12.2010 EUR	31.12.2010
B. I. Immaterielle Vermögensgegenstände												
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	74.223,06	8.165,78	0,00	0,00	82.388,84	66.152,71	3.672,94	0,00	0,00	0,00	69.825,65	12.563,19
B. II. Sachanlagen												
1.1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	14.320.734,25	0,00	0,00	0,00	14.320.734,25	3.927.956,86	284.302,23	0,00	0,00	0,00	4.212.259,09	10.108.475,16
1.2. darunter: Betriebsbauten und Außenanlagen	13.856.969,61	0,00	0,00	0,00	13.856.969,61	3.927.956,86	284.302,23	0,00	0,00	0,00	4.212.259,09	9.644.710,52
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einschließlich der Wohnbauten auf fremden Grundstücken	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4.1. Technische Anlagen	685.778,32	10.747,83	0,00	20.948,10	675.578,05	597.420,71	9.026,99	0,00	0,00	4.672,97	601.774,73	73.803,32
4.2. darunter: in Betriebsbauten und in Außenanlagen	685.778,32	10.747,83	0,00	20.948,10	675.578,05	597.420,71	9.026,99	0,00	0,00	4.672,97	601.774,73	73.803,32
5.1. Einrichtungen und Ausstattungen ohne Fahrzeuge	1.810.951,52	147.079,58	0,00	165.620,60	1.792.410,50	1.475.940,92	105.320,46	0,00	0,00	165.617,54	1.415.643,84	376.766,66
5.2. darunter: in Betriebsbauten, in Außenanlagen GWG's und Festwerte in Betriebsbauten	1.810.951,52	147.079,58	0,00	165.620,60	1.792.410,50	1.475.940,92	105.320,46	0,00	0,00	165.617,54	1.415.643,84	376.766,66
6. Fahrzeuge	109.237,98	0,00	0,00	0,00	109.237,98	70.777,74	13.509,11	0,00	0,00	0,00	84.286,85	24.951,13
7.1. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7.2. darunter in Betriebsbauten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe	17.000.925,13	165.993,19	0,00	186.568,70	16.980.349,62	6.138.248,94	415.831,73	0,00	0,00	170.290,51	6.383.790,16	10.596.559,46
darunter Summe der Positionen 1.2, 4.2, 5.2, 6 und 7.2	16.462.937,43	157.827,41	0,00	186.568,70	16.434.196,14	6.072.096,23	412.158,79	0,00	0,00	170.290,51	6.313.964,51	10.120.231,63

Forderungenspiegel

	Stand		Restlaufzeit	
	31.12.10 EUR	unter 1 Jahr EUR	1 - 5 Jahre EUR	über 5 Jahre EUR
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	166.334,71	166.334,71	0,00	0,00
2. Forderungen an Gesellschafter oder Träger der Einrichtung	40.000,00	40.000,00	0,00	0,00
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00
4. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00	0,00	0,00
5. Forderungen aus öffentlicher Förderung	0,00	0,00	0,00	0,00
6. Forderungen aus nicht-öffentlicher Förderung	0,00	0,00	0,00	0,00
7. sonstige Vermögensgegenstände	43.248,91	43.248,91	0,00	0,00
8. Umsatzsteuer	0,00	0,00	0,00	0,00
	<u>249.583,62</u>	<u>249.583,62</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>



Verbindlichkeitspiegel

	Stand 31.12.10 EUR	Restlaufzeit		
		unter 1 Jahr EUR	1 - 5 Jahre EUR	über 5 Jahre EUR
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	81.101,82	81.101,82	0,00	0,00
2. Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten	3.194.210,58	128.401,42	3.065.809,16	0,00
3. erhaltene Anzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	0,00	0,00	0,00	0,00
5. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00
6. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00	0,00	0,00
7. Verbindlichkeiten aus öffentlichen Fördermitteln für Investitionen	3.000,00	3.000,00	0,00	0,00
8. Verbindlichkeiten aus nicht-öffentlicher Förderung für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
9. sonstige Verbindlichkeiten	43.588,03	43.588,03	0,00	0,00
10. Verwahrgeldkonto	8.467,51	8.467,51	0,00	0,00
11. Umsatzsteuer	2.187,93	2.187,93	0,00	0,00
	<u>3.332.555,87</u>	<u>266.746,71</u>	<u>3.065.809,16</u>	<u>0,00</u>

Rückstellungenspiegel

	01.01.10 EUR	Verbrauch EUR	Auflösung EUR	Zuführung EUR	31.12.10 EUR
Altersteilzeit Fr. Köhler	29.667,20	5.567,79	0,00	12.501,08	36.600,49
Prüfungskosten 2010	11.000,00	11.000,00	0,00	11.000,00	11.000,00
Qualitätssicherung (IQD)	0,00		0,00	0,00	0,00
Interne Jahresabschlusskosten 2010	1.500,00	0,00	0,00	0,00	1.500,00
Rückstellung f. ausstehende Rechnungen	0,00	0,00	0,00	600,00	600,00
Instandhaltungen	12.007,54	11.969,46	38,08	0,00	0,00
Überstundenrückstellung	34.902,16	34.902,16	0,00	24.096,85	24.096,85
Urlaubsrückstellung	17.484,95	17.484,95	0,00	2.520,76	2.520,76
Kosten Jubiläum Personal	6.763,20	350,00	700,00	960,00	6.673,20
Archivierungskosten	16.200,00	0,00	0,00	0,00	16.200,00
	<u>129.525,05</u>	<u>81.274,36</u>	<u>738,08</u>	<u>51.678,69</u>	<u>99.191,30</u>

Firma Altenhilfe Tübingen gGmbH
Fö r d e r n a c h w e i s n a c h L a n d e s r e c h t

Bilanzposten	Entwicklung der gefö r d e r t e n A n s c h a f f u n g s w e r t e					Entwicklung der gefö r d e r t e n A b s c h r e i b u n g e n					Buchwert	
	01.01.2010 EUR	Zugang EUR	Umbuchungen EUR	Abgang EUR	31.12.2010 EUR	01.01.2010 EUR	Abschreibungen EUR	Umbuchungen EUR	Zuschreibungen EUR	Abgänge EUR	31.12.2010 EUR	31.12.2010
B. II. Sachanlagen												
1.1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	5.789.735,18	0,00	0,00	0,00	5.789.735,18	1.322.370,45	126.279,19	0,00	0,00	0,00	1.448.649,64	4.341.085,54
1.2. darunter: Betriebsbauten und Außenanlagen	5.789.735,18	0,00	0,00	0,00	5.789.735,18	1.322.370,45	126.279,19	0,00	0,00	0,00	1.448.649,64	4.341.085,54
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einschließlich der Wohnbauten auf fremden Grundstücken	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4.1. Technische Anlagen	789.125,12	0,00	0,00	0,00	789.125,12	338.755,77	36.271,36	0,00	0,00	0,00	375.027,13	414.097,99
4.2. darunter: in Betriebsbauten und in Außenanlagen	789.125,12	0,00	0,00	0,00	789.125,12	338.755,77	36.271,36	0,00	0,00	0,00	375.027,13	414.097,99
5.1. Einrichtungen und Ausstattungen ohne Fahrzeuge	562.558,86	0,00	0,00	0,00	562.558,86	483.409,02	32.751,63	0,00	0,00	0,00	516.160,65	46.398,21
5.2. darunter: in Betriebsbauten, in Außenanlagen GWG's und Festwerte in Betriebsbauten	562.558,86	0,00	0,00	0,00	562.558,86	483.409,02	32.751,63	0,00	0,00	0,00	516.160,65	46.398,21
6. Fahrzeuge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7.1. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7.2. darunter in Betriebsbauten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe	7.141.419,16	0,00	0,00	0,00	7.141.419,16	2.144.535,24	195.302,18	0,00	0,00	0,00	2.339.837,42	4.801.581,74
darunter Summe der Positionen 1.2, 4.2, 5.2, 6 und 7.2	7.141.419,16	0,00	0,00	0,00	7.141.419,16	2.144.535,24	195.302,18	0,00	0,00	0,00	2.339.837,42	4.801.581,74

Lagebericht

Die Entwicklungen 2010

Prüfungen durch die Heimaufsicht und den MDK

2010 fand in den stationären Bereichen nicht nur die turnusmäßige unangekündigte Begehung der Heimaufsicht statt, sondern auch die mittlerweile gesetzlich vorgeschriebenen ebenfalls unangekündigten Qualitätsprüfungen durch den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung (MDK). Während bereits die Heimaufsicht beiden Häusern „einen guten Eindruck“ bestätigte, waren die Benotungen des MDK noch erfreulicher: Bürgerheim 1,0 und Pauline-Krone-Heim 1,1.

Projekt Pfrondorf

Bis voraussichtlich Mitte 2012 wird im Tübingen-Pfrondorf ein Seniorenzentrum entstehen, das 19 Betreute Wohnungen und einen Pflegebereich mit 16 Betten umfasst, Bauherr ist die Gewerbe und Wohnungsbaugesellschaft Tübingen, die Altenhilfe Tübingen gGmbH wird als Pächterin des Pflegebereichs und Betreuungsträger der Betreuten Wohnungen fungieren.

Nachdem im vorvergangenen Geschäftsjahr das Raumprogramm und die konzeptionell relevanten baulichen „Eckpfeiler“ verabschiedet worden waren, stand 2010 vor allem im Zeichen der bauträgerseitigen Vorbereitungen, wie z.B. das Baugenehmigungsverfahren, die Baugrundvorbereitung und die Ausschreibung zahlreicher Gewerke. An den Planungen mit konkreter Bedeutung für den späteren Betrieb war die Altenhilfe Tübingen gGmbH beteiligt. Da die Gesellschaft nicht als Bauherr fungiert, sondern die Pflegeeinheit von der Tübinger Gesellschaft für Gewerbe- und Wohnungsbau (GWG) pachten wird, war 2010 für die Beteiligten auf Seiten der Altenhilfe Tübingen gGmbH ein eher ruhiges Jahr.

Umsetzung von § 87 b SGB XI

Zum 01.10.2010 feierte die Einführung der ergänzenden Betreuungsangebote gemäß § 87 b SGB XI und die damit verbundene Weiterentwicklung des Konzepts zur Sozialbetreuung ihr einjähriges Bestehen.

Das Kernstück war die Schaffung von Wohnbereichsteams, die auf den Wohnbereichen (bzw. bei Spaziergängen oder Ausflügen vom Wohnbereich ausgehend) in der Tageszeit zusätzlich zum vorhandenen Pflegepersonal Beschäftigungsangebote machen. Es handelt sich um fest zugeordnete Wohnbereichsteams, wodurch eine verlässliche Beziehungsebene ebenso gewährleistet ist wie eine passgenaue Abstimmung auf die Abläufe des Wohnbereichs. Hierfür war 2009 eine entsprechende Vergütungsvereinbarung mit den Pflegekassen getroffen worden. Durch diesen zusätzlichen Personalzufluss, das zusätzliche Betreuungspersonal aus dem städtischen Zuschuss und die Unterstützung des Fördervereins war es möglich, mit insgesamt 4,5 VK-Stellen einzelne Wohngruppenteams zu bilden, die perspektivisch eine reguläre Betreuung während der Tageszeit an sechs Wochentagen gewährleisten.

Für die Betreuung der orientierten Bewohner/innen stehen ungemindert 2,2 VK-Stellen (fünf Mitarbeiter/innen) zur Verfügung, wobei aus diesem Pool auch die Heimaufnahme und Leitungsanteile für den Sozialdienst abgedeckt werden.

Die Betreuungsangebote setzen sich aus einem Mix von Gruppen- und Kleingruppenangeboten sowie Einzelbetreuungen zusammen. Die interne Vorgabe besagt, dass jede/r leistungsberechtigte Bewohner/in mindestens zweimal wöchentlich ein Betreuungsangebot erhalten sollte, welches 30 Minuten oder länger ist. (Der gesetzliche Mindeststandard, der zur Abrechnungsberechtigung führt, liegt bei einer Betreuungseinheit im Monat.)

Zudem wurden die kleinräumigen Konzeptionen so entwickelt, dass insbesondere durch die Gruppenangebote eine allgemeine Belegung auf dem Wohnbereich erfolgt, von der dann alle Bewohner/innen profitieren. Die Erfahrungen dieses ersten Jahres waren äußerst positiv. Dies belegen insbesondere auch die Reaktionen zahlreicher Angehöriger, die seitens der Sozialdienstleitung zum „Jubiläum“ angeschrieben worden waren.

Pflegesatzverhandlungen und ambulante Vergütungserhöhungen

Für die stationäre Pflege wurden im Sommer Pflegesatzverhandlungen geführt. Der Abschluss gestaltet sich wie folgt:

- Seit dem 01.08.2010: + 1,2 %,
- ab dem 01.08.2011: + 1,3 %.

Eine nächste Preiserhöhung kann für die Zeit ab 01.03.2012 verhandelt werden. Die Investitionskostenvergütung ist davon pflegesatzsystembedingt ausgenommen.

Für die teilstationäre Pflege wurden im Sommer ebenfalls Pflegesatzverhandlungen geführt. Der Abschluss gestaltet sich wie folgt:

- Seit dem 01.09.2010: + 1,2 %,
- ab dem 01.08.2011: + 1,3 %.

Zudem wurde es durch den parallelen Abschluss eines neuen Versorgungsvertrags möglich, zusätzliche Entgelte für den Fahrdienst abzurechnen. Eine nächste Preiserhöhung kann für die Zeit ab 01.03.2012 verhandelt werden. Die Investitionskostenvergütung ist davon pflegesatzsystembedingt ausgenommen.

Diese Erhöhungen fangen in etwa die Tarifsteigerungen ab und sind somit als auskömmliches Ergebnis zu werten, zumal ein Anstreben einer noch stärkeren Erhöhung wohl nur über den Gang zur Schiedsstelle hätten erzielt werden können, was aus preispolitischer Problematik eine mehrmonatige Rückberechnung bedingt hätte. Es bleibt indes festzuhalten, dass es in den letzten Verhandlungsrunden seit 2008 nicht oder nur knapp gelungen ist, die nach der internen Kalkulation angestrebten Verhandlungsergebnisse zu erzielen. Insofern unterliegt auch die Altenhilfe Tübingen gGmbH dem branchenweiten Trend der schleichenden Unterfinanzierung.

In ihrer Sitzung am 13.07.2010 hat die Pflegesatzkommission ambulant eine allgemeine Erhöhung für die Pflegeleistungen nach SGB XI beschlossen (Einzelverhandlungen werden seitens der AHT für den ambulanten Bereich nicht geführt):

- Die Vergütungen für die ambulanten Pflegeleistungen sowie die Zuschläge werden für den Zeitraum vom 01.08.2010 bis zum 31.03.2012 um 2 % erhöht. Danach gelten sie bis zum Abschluss einer neuen Vereinbarung. Die Wegepauschalen wurden nicht in den Abschluss miteinbezogen.
- Für die ergänzenden Hilfen wurde eine abweichende Laufzeit vereinbart, nämlich nur bis zum 31.07.2011, da die Pflegesatzkommission in Anbetracht des möglicherweise bevorstehenden Endes des Zivildiensts grundsätzliche Überlegungen anstellen will.

Sanierungskonzept für die Tagespflege

In Abwägung der finanziellen und sozialplanerischen Aspekte und der Verantwortung gegenüber den Beschäftigten der Tagespflege wurde dem Aufsichtsrat im vergangenen November ein Konzept zur Defizitverminderung vorgelegt, welches einstimmig beschlossen wurde.

Es wurde gemeinsam mit dem Tagespflegeteam ein Sanierungskonzept erarbeitet, dessen Eckpunkte sind:

- Ausdehnung der Öffnungszeiten auf 8:00 Uhr bis 17:00 Uhr im Rahmen der Platzzahlerweiterung auf 14
- Tagesablaufdifferenzierung in eine Frühgruppe (8:00 Uhr bis 16:00 Uhr) und eine Spätgruppe (9:00 Uhr bis 17:00 Uhr)
- Abschaffung des PKW (Ausgaben- und Abschreibungsersparnis sowie einmaliger Verkaufserlös)
- Der Tagespflegebus wird durch einen gesponserten Mercedes Sprinter ersetzt (einmaliger Verkaufserlös)

Durch das Modell mit Früh- und Spätgruppe und den entsprechend differenzierten Tagesablauf wird es besser möglich sein, mehr Gäste zu versorgen. Zudem können durch die Ausdifferenzierung in Früh- und Spätgruppe die Transfers - mit Ausnahme der Urlaubszeiten - von der Fahrdienstkraft abgedeckt werden, so dass der Einsatz der Fachkräfte in die ausgedehnte Öffnungszeit „investiert“ werden kann. Zudem kann nach vollzogener Umstellungsphase auf das zweite Fahrzeug verzichtet werden.

Aufgrund der strukturell schwierigen Rahmenbedingungen seitens der Politik wird es durch diese weichen Sanierungsmaßnahmen nicht gelingen, die Tagespflege in die vollständige Kostendeckung zu führen. Deshalb wird

mittelfristig mit dem Aufsichtsrat über eine interne Break Even-Grenze zu diskutieren sein, in welcher der Marketingnutzen für die gesamte Gesellschaft quantifiziert ist.

Jahresabschluss 2010

(Hinweis: Alle Beträge wurden kaufmännisch auf die letzte Stelle vor dem Komma und Prozentwerte auf eine Stelle nach dem Komma gerundet.)

Das Geschäftsergebnis des Jahres ist mit einem Defizit von - 59.477.- € zwar nicht so zufriedenstellend als das Ergebnis 2009, welches mit - 20.376.- € eine „rote Null“ erreichen konnte. Es ist jedoch deutlich positiver als das Ergebnis des Jahres 2008 (€ - 138.348.- €). Der Kostendeckungsgrad ist somit von 99,66 % auf 99,04 % gesunken. Folgende Effekte haben den Abschluss 2010 insbesondere geprägt.

Während für die stationären Einrichtungen ein sehr positiver Verlauf konstatiert werden kann, haben sich bei den beiden komplementären Leistungsbereichen, Tagespflege und Ambulanter Dienst, erhebliche finanzielle Defizite ergeben. Die Refinanzierungsproblematik bei der Tagespflege war bereits aus dem Jahr 2009 bekannt, weshalb das vergangene Geschäftsjahr genutzt werden konnte, um ein Sanierungskonzept auf dem Weg zu bringen. Indes war der Umsatzeinbruch beim Ambulanten Dienst nach dem vergleichsweise ordentlichen Ergebnis 2009 von -15.150.- € so nicht vorherzusehen gewesen.

Aufgrund der sich schon im Herbst abzeichnenden Entwicklung im Ambulanten Dienst wurde am 16. November des vergangenen Jahres mit dem Aufsichtsrat vereinbart, dass die Geschäftsführung im Mai 2011 einen Sanierungsvorschlag vorlegt.

Schließlich muss darauf hingewiesen werden, dass es trotz allem nicht das (operative) Betriebsergebnis ist, welches zur Unterdeckung führte, sondern dass das negative Gesamtergebnis „erst“ im Finanzergebnis entstanden ist. Dieser Zusammenhang wird dadurch deutlich, dass dem Zinsaufwand von 118.446.- € lediglich 5.503.- € an Einnahmen aus Kapitalerträgen gegenüber standen.

Anlagevermögen

Im Geschäftsjahr 2010 erhöhten sich die immateriellen Vermögensgegenstände um 4.493 € auf 12.563 €. Die Sachanlagen blieben mit einer Verminderung um 270.610.- € auf 10.583.996.- € weitgehend konstant.

Den Abschreibungen in Höhe von 415.832.- € standen investive Neuanschaffungen im Wert von 165.993.- € gegenüber. Weiterhin wurden 107.832.- € in Standortinstandhaltung bzw. -reparaturen investiert, die nicht in die Abschreibungen einfließen konnten.

Eigenkapital und Liquidität

Der Jahresfehlbetrag 2010 führt zur Erhöhung des Verlustvortrags auf 607.099 €. Die Eigenkapitalquote erhöht sich aufgrund der leicht gesunkenen Bilanzsumme von 24,63 % auf 25,0 %.

Die sog. Eigenkapitalquote II (oder auch der Verschuldungsgrad) liegt bei 29,69 % (2009: 29,46 %). Wenn man die Sichtweise für Einrichtungen und Dienste der Freien Wohlfahrtspflege als Vergleich heranzieht, ist von einer tragfähigen Finanzstruktur zu sprechen. Dieser Wert wird ermittelt, indem man das Fremdkapital zum Gesamtkapital in Relation setzt.

Zum Ende des Geschäftsjahres belief sich der Stand der liquiden Mittel auf 324.890.- €.

Rückstellungen

Die Belastung des Jahresabschlusses durch Rückstellungen ist auch im Geschäftsjahr 2010 noch geprägt durch eine zu hohe Mehrarbeitsstundenrückstellung von 24.097.- €. Es ist jedoch anzumerken, dass die intensiven Bemühungen auf diesem Gebiet (insbesondere die Einführung eines Reporting-Systems zur zeitnahen Steuerung des Ressourcenverzehres an Arbeitsstunden und eine intensive der Begleitung der Abteilungsleitungen

beim Personaleinsatzcontrolling) ihre Wirkung zeigten. Zum Vergleich: Die Mehrarbeitsstundenrückstellungen betrugen beim Jahresabschluss 2008 noch 75.671.- € und für 2009 dann 34.902.- €. Zudem gelang es, die Urlaubsrückstellungen von 17.485.- € auf 2.521.- € zu senken.

Von der seit 2008 gebildeten Altersteilzeitrückstellung in Höhe von mittlerweile 36.600.- € werden zwar mindestens 15.000.- € von der Agentur für Arbeit erstattet, da mit Beginn der Freistellungsphase zum 01.01.2011 eine entsprechende Neueinstellung vorgenommen wurde; jedoch konnte diese „Gegenfinanzierung“ aus bilanzrechtlichen Gründen nicht als Forderung gebucht werden.

Hinsichtlich der Rückstellungen für Instandhaltung/Reparaturen lagen keine Bedarfe oder Beauftragungen vor, die nach der neuen gesetzlichen Regelung durch das Bilanzmodernisierungsgesetz hätten rückgestellt werden müssen bzw. dürfen.

Erlössituation insgesamt

Im Geschäftsjahr wurden der betriebswirtschaftlichen Auswertung nach (incl. der sonstigen Erträge und der Finanzerträge) Gesamterlöse in Höhe von 6.132.424.- € erzielt. Davon entfielen mit 5.467.834.- € alleine 89,16 % auf Versorgungsleistungen nach SGB V und SGB XI (incl. Erstattungen der Krankenkassen für Hilfsmittel und Vergütungszuschläge nach § 87 b SGB XI). Der Anteil der stationären Pflege am Gesamtumsatz betrug 82,36 % (= 5.050.934.- €).

Die stationären Pflegeeinnahmen haben sich somit erfreulich entwickelt. Die Planunterschreitungen im ambulanten Dienst und in der Tagespflege sind Anlass für die beschriebenen Aktivitäten und Maßnahmen. Nur Aufgrund des vergleichsweise kleinen Anteils am Umsatzvolumen, konnten diese Einzelwerte im Gesamtergebnis noch einigermaßen ausgeglichen werden.

Die Einnahmen aus dem Essenverkauf lagen um 24.400.- € (16,8%) über dem Wert 2009. Allerdings stehen dem auch Steigerungen beim Lebensmitteleinkauf gegenüber. Der Mehrumsatz wurde insbesondere durch einen Ausbau des Caterings und der Schülerbeköstigung erzielt. Seit dem Schuljahr 2009/2010 werden werktäglich im Durchschnitt über 35 Schüler/innen der Silcherschule mit Mittagessen versorgt. Zudem hatte die Altenhilfe Tübingen gGmbH den Zuschlag der Tübinger Vesperkirche erhalten, was im Geschäftsjahr die Bestellung von 4780 Portionen während des dreiwöchigen Aktionszeitraums im Januar/Februar bedeutet hat.

Bei den Erträge aus öffentlichen Mitteln sind insbesondere zu nennen: Der Zuschuss der Stadt Tübingen für die geronto-psychiatrischen Betreuungskräfte in Höhe von 40.000.- €, die Erstattungen aus der Ausbildungumlage in Höhe von 41.755.- € und Förderungen für Beschäftigungsverhältnisse (nach SGB II, SGB III und SGB IX) in Höhe von 41.476.- €.

Erlöslage im stationären Bereich (inclusive Kurzzeitpflege)

An den beiden Standorten Pauline-Krone-Heim und Bürgerheim werden 141 stationäre Pflegeplätze, (inclusive nominell zwei eingestreute und eines ganzjährig vorzuhaltenden Kurzzeitpflegeplatzes) vorgehalten.

Im Wirtschaftsplan 2010 war eine Belegung der stationären Plätze in Höhe von durchschnittlich 96,17 % vorgesehen, welche mit 98,05 % übertroffen werden konnte, wobei Entgeltabschläge durch vorübergehende Abwesenheit bei Ermittlung der Auslastungsquote nicht anteilig berücksichtigt wurden. Somit lag die Auslastung weitestgehend auf dem Niveau des Jahres 2009.

Insgesamt lagen die Einnahmen der stationären Pflege um 2,5 % (= 123.224.- €) über dem Planansatz (incl. Investitionskostenersatz, Hilfsmittelerstattungen und den seit Oktober 2009 neuen Vergütungszuschlägen für sog. Betreuungsassistenz durch die Pflegekassen). Dieser Wert ist sowohl auf die sehr gute Auslastung als auch auf die zum 01.08.2010 geführten Pflegesatzverhandlungen (mit einem für das vergangene Wirtschaftsjahr wirksamen Steigerung von 1,2 %) zurückzuführen.

Die stationäre Pflegestufenverteilung und die entsprechend erzielten Erlöse haben sich zu 2009 wie folgt verändert:

stationäre Auslastung insgesamt	2009	2010
	98,17 %	98,05 %

Der Umsatzanteil der Kurzzeitpflege an den Gesamtpflegeeinnahmen betrug 175.173.- €. Dies entspricht 3,47 % bzw. 80 Vertragsverhältnissen (2009: 65).

Die durchschnittliche Pflegestufenverteilung 2010 war verglichen mit der letzten Pflegestatistik des Statistischen Bundesamtes für Baden-Württemberg wie folgt:

Pflegestufe	AHT 2009	AHT 2010	Ba.-Wü.	
0	1,89 %	*1,39 %	2,7 %	* = (davon keine in OK)
I	41,63 %	43,48 %	38,2 %	
II	41,87 %	41,20 %	42,8 %	
III**	14,61 %	13,93 %	16,3 %	** = (inclusive Härtefälle (sog. III+))

Erlöslage im Ambulanten Dienst

Der Ambulante Dienst versorgte im Geschäftsjahr 2010 durchschnittlich 70 Kund/innen.

Die Einnahmen, inklusive Investitionskostenanteil aber ohne Essen auf Rädern, lag im Geschäftsjahr 2010 bei 311.748.- €. Bezogen auf den Umsatz 2009 stellt dies ein Minus von - 51.097.- dar (- 14,08 %). Die Planabweichung beträgt damit 67.352.- €.

Die Umsatzstreuung betrug 41,54 % für Behandlungspflege (Verordnungen nach SGB V), 49,35 % für grundpflegerische Leistungen nach SGB XI und 9,11 % für „Selbstzahler“ (i. d. R. hauswirtschaftliche Hilfen).

Erlöslage in der Tagespflege

Die Tagespflege der Altenhilfe Tübingen gGmbH bot bisher werktäglich 12 Plätze an. Mit dem neuen Versorgungsvertrag wurde die Platzzahl ab September auf 14 erhöht.

Mit Einnahmen in Höhe von 133.554.- € wurde der Planwert um 12.054.- € übertroffen. Im Geschäftsjahr 2009 waren Einnahmen von 120.061.- generiert worden. Die Bewertung einer Auslastungsquote ist aufgrund der unterjährigen Platzzahlerhöhung nicht sinnvoll möglich.

Erlöslage aus dem Betreuten Wohnen

An Einnahmen aus den Grundleistungspauschalen der Betreuten Wohnungen Frischlinstraße und Irene-Preuner-Haus waren 47.300 € kalkuliert worden. Im Ergebnis wurden tatsächlich Einnahmen in Höhe von 45.819.- € realisiert (= 96,97 %). Diese Planabweichung resultiert aus Mieterwechseln im Irene Preuner-Haus, die mit zwischenzeitlichen Leerständen einhergehen und der Tatsache, dass sich der Mieterwechsel (und somit der Abschluss von Betreuungsverträgen) im Irene-Preuner-Haus nicht so schnell als erwartet vollzieht. Da die AHT lediglich die Trägerin der Betreuungsleistungen, aber nicht Eigentümerin der Wohnungen ist, lässt sich die Vermietung und somit der Erlös aus den Betreuungspauschalen des Betreuten Wohnens nur sehr begrenzt beeinflussen.

Aufwendungen

Insgesamt beliefen sich die Aufwendungen der betriebswirtschaftlichen Auswertung nach auf 6.191.901.- €. Der Personalaufwand machte mit 4.313.552 €- (69,7 %) den erheblichsten Anteil aus. Weitere größere Posten waren Lebensmittel ohne Cafeteria 293.135.- € (= 4,7 %), Energie & Wasser 273.253.- € (= 4,4 %) und die Wäscheversorgung 172.830 € (= 2,8 %).

Alles in allem haben sich auf der Ausgabenseite keine gravierenden negativen Abweichungen ergeben. Selbstverständlich stand der überplanmäßigen Auslastung auch ein höherer Personal-Bedarf gegenüber (ca. 1,2 VK-Stellen in der Pflege/Betreuung und 0,5 VK-Stellen in der Hauswirtschaft). Hinzu kamen die noch später beschriebenen Personaleffekte im Ambulanten Dienst und die Vorgabe der Wirtschaftsprüfer, die interne Personalfreistellung für die Einführung der Pflege-EDV den Personalkosten zuzubuchen. Hierdurch wurden die Personalkosten um 9.462.- € belastet und dafür die EDV-Kosten um diesen Betrag entlastet.

Unter Berücksichtigung dieser – bis auf die Steigerung beim Ambulanten Dienst – refinanzierten Effekte ist es im Jahresverlauf weitgehend gelungen, die Personalkosten im Plan zu halten und dennoch das nach den Regularien des Pflegesatzwesens vorzuhaltende Personal bereitzustellen. (jeweils ohne Alg II-Einsätze („Ein-Euro-Jobs“) und das durch die städtische Förderung ermöglichte zusätzliche Betreuungspersonal für demente Bewohner/innen). Neben einer gelungenen Personallogistik sind in diesem Zusammenhang auch die zunehmend spürbaren Effekte des TVöD zu erwähnen, welche die Personalkosten für Neueintritte geringer ausfallen lassen als noch im BAT.

Beim Zinsaufwand konnte der Planansatz aufgrund der Situation am Finanzmarkt um 17.854.- € unterschritten werden. Zum 30.05.2009 lief die Zinsbindung für das Darlehen bei der DG Hyp in Höhe von 890.439,14 € aus. Dieses Darlehen wird zur Zeit bei der Kreissparkasse Tübingen als Darlehen mit variablem Zinssatz geführt. Der Zinssatz betrug für das Jahr 2010 1,06 %.

Im Gegenzug ist natürlich die Rendite der Vermögensanlagen (Kapitalmarkkonto bei der Kreissparkasse) geringer (zeitweise nur 0,7 %) als in den Jahren zuvor (derzeit 0,9 %). Unter dem Strich bleibt jedoch ein deutlich positiver Effekt.

Der Steigerung der Lebensmittel- und Getränkeausgaben ohne den Cafeteriabetrieb (33.135.- € über Plan und 24.078.- € mehr als 2009) stehen eine hohe stationäre Auslastung und eine Zunahme des Caterings (insbesondere in der Schülerbeköstigung und durch die Belieferung der Tübinger Vesperkirche) gegenüber.

Weiterhin wurden in die Standortinstandhaltung 107.832.- € investiert, die nicht in die Abschreibungen einfließen, sondern direkt aufwandswirksam wurden mussten.

Die größten Sachkostenpreissteigerungen waren beim Posten *Energie & Wasser* (insbesondere den Stromkosten) und bei den Lebensmitteln (inclusive Getränke) zu verzeichnen.

Die überplanmäßigen Ausgaben für Energie beruhen insbesondere auf einem neuen Rahmenvertrag mit den Stadtwerken für die (Öko)-Stromlieferung. Trotz leicht gesunkenem Verbrauch (- 0,6 %) sind die Stromkosten um 19.655.- € (27,8 %) gestiegen. Seit 2010 beträgt der Preis pro KWH 0,17 € (bis 2009 0,13 €). Der Preis für Fernwärme ist indes um knapp 8 % pro KWH gesunken. Aufgrund des langen und vergleichsweise harten Winters ist der Heizungsverbrauch um 6,83 % gestiegen. „Unter dem Strich“ blieben gesunkene Ausgaben um 2.283.- €.

Das ökonomische und ökologische Bewusstsein der Belegschaft schlägt sich auch in den guten Werten beim Hausverbrauch (subsummiert insbesondere das Verbrauchsmaterial für die Hausreinigung, Haustechnik und Hausschmuck) sowie den Inkontinenzartikeln und dem sonstigen pflegerischen Verbrauchsmaterial (z. B. Einmalwaschlappen und -handschuhe, Eindickungsmittel für Getränke etc.) nieder.

Die Abweichung bei den Wäschekosten (10.830.- € über Plan) liegt neben der hohen Kurzzeitpflegequote in der Tatsache begründet, dass bei den uns anvertrauten Heimbewohner/innen ein stetig wachsender Unterstützungsbedarf festgestellt werden muss.

Die Aufwendungen für Abschreibungen lagen mit 415.832.- € nur gering über dem Wert des Vorjahres (413.442.- €), wobei durch die Auflösung von Sonderposten 215.175.- € als Erlös gegengebucht werden konnten. Ein „Stau“ hinsichtlich der planhaften Investitionen liegt nicht vor. Im Herbst musste zudem mit dem Erwerb einer neuen Bandspülmaschine eine außerplanmäßige Großinvestition in Höhe von 68.615.- € vorgenommen werden, die jedoch erst zum 01.11.2010 zum Anlagevermögen aktiviert wurde und sich somit mit lediglich 953.- € in den Abschreibungen niederschlug. Die Grundlage dieser unvorhergesehenen Ersatzbeschaffung war ein Eilbeschluss des Aufsichtsratsvorsitzenden am 01.09.2010.

Der technisch bedingte „Rückbau“ der 2007 zur Bekämpfung von Legionellenbesiedlungen installierten Reaxan 5-Anlage, führte zudem zu einem ungeplanten Aufwand in Höhe von 7.895.- €.

Für das leistungs- und erfolgsorientierte Entgelt wurde im Jahr 2010 ein Betrag von ca. 43.708.- € aufgewandt. In diesem Betrag bildet sich auch die tarifliche Erhöhung des leistungs- und erfolgsorientierten Entgelts von 1,0 auf 1,25 % der Bruttolohnsumme ab.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Ausblick auf das kommende Geschäftsjahr

Im Vergleich zu den Vorjahren birgt das Jahr 2011 mehr Planungssicherheit, da die Tarifentwicklung bis März 2012 bekannt ist. Nachdem es in den Pflegesatzverhandlungen gelungen, ist einen zweistufigen Abschluss zu erzielen, der sich ebenfalls bis Ende Februar des kommenden Jahres erstreckt, gibt es hinsichtlich der wesentlichen Vergütungen keine Unsicherheit. Gleiches gilt für die ambulanten SGB XI-Leistungen, die von der Pflegesatzkommission sogar bis 31.03.2012 festgelegt wurden.

Derzeit gibt es auch keine Anzeichen dafür, dass sich bei den Arbeitgeberanteilen zur Sozialversicherung gravierende Änderungen ergeben könnten. (Die Steigerung des Arbeitgeberanteils zur gesetzlichen Krankenversicherung in Höhe von 0,3 Prozentpunkten wurde bei der Wirtschaftsplanung berücksichtigt). Die Personalnebenkosten umfassen insbesondere die betriebsärztliche Betreuung, die Beiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung, die Fachkraft für Arbeitssicherheit, die Ausgleichsabgabe nach SGB IX und die Beiträge zum kommunalen Arbeitgebernverband. Inwieweit sich die neuen Richtlinie zum SGB VII (DGUV V2) ausgabensteigernd auswirkt kann derzeit noch nicht prognostiziert werden.

Der Sachverständigenrat geht von einer Sachkostensteigerung von 1,2 % für das Jahr 2011 aus. Insbesondere die von der Weltwirtschaft abhängige Preisentwicklung bei Kraftstoffen, Energie und Wasser erweist sich diesbezüglich als Risiko. Eine nicht unerhebliche Preiserhöhung im Bereich Fernwärme wurde durch die Stadtwerke Tübingen bereits angekündigt.

Am 16. November 2010 wurde im Aufsichtsrat ein Wirtschaftsplan verabschiedet, der angemessene Risikopuffer enthält. Insbesondere wurden hinsichtlich der stationären Auslastung lediglich 97,0 % zugrunde gelegt, denn der beinahe sensationelle stationäre Auslastungsgrad der Jahre 2009 und 2010 war nicht ausschließlich in Folge der guten Arbeit aller Beteiligten begründet (Qualität und nachhaltiges Marketing mit in deren Folge gutem Ruf aller Unternehmensteile), sondern lag auch an von der AHT faktisch nicht beeinflussbaren Marktentwicklungen, die so für die nächsten Jahre nicht als gegeben angesehen werden dürfen. Insbesondere der vorübergehende Wegfall des Luise-Poloni-Heims und die Neustrukturierungsphase des Samariterstifts (Auflösung des Hauses am Österberg und Verlagerung auf zwei neue, kleinere Einrichtungen) führten zu einer spürbaren Verknappung von stationären Pflegeplätzen im lokalen Markt.

Da die Neustrukturierung des Samariterstifts abgeschlossen ist und das Luise-Poloni-Heim mit 59 stationären Plätzen seinen Betrieb im Januar 2011 wieder aufgenommen hat, ist damit zu rechnen, dass sich der lokale Mangel an stationären Betten entspannen wird (die anderen Heime hatten ebenso wie die Altenhilfe Tübingen gGmbH regelmäßig Wartelisten zu verzeichnen). Allerdings ist auch nicht unbedingt mit für die Nachfrage gravierenden Überkapazitäten zu rechnen (siehe unten stehende Betrachtungen zur Kreispflegeplanung), zumal die St. Franziskus Stiftung als Trägerin plant die volle Kapazität des Luise-Poloni-Heims erst in der zweiten Jahreshälfte bereitzustellen.

Im laufenden Betriebsgeschehen werden auch 2011 eine hohe Ausgabendisziplin, Mehrarbeitsvermeidung und Abbau der noch rückgestellten Mehrarbeitsstunden sowie eine möglichst punktgenaue Steuerung des Personalbestands von elementarer Bedeutung sein.

Für das Geschäftsjahr 2011 sind derzeit keine bestandsgefährdenden Risiken zu erkennen.

Vorgänge von wesentlicher Bedeutung haben sich nach dem Bilanzstichtag nicht ereignet.

Marktentwicklung und Strategie

Die demographische Entwicklung im Landkreis Tübingen läßt hinsichtlich der Personengruppe der Über-80-Jährigen von heute aus gesehen zwar einen deutlichen Anstieg erwarten (plus 4% bis 2015; plus 22% bis 2025); es muss aber auch beachtet werden, dass Tübingen insgesamt der jüngste Kreis (40,1 Jahre im Durchschnittsalter) in Baden-Württemberg ist und außerdem mit 218.000 Einwohnern lediglich zu den mittelgroßen Landkreisen zählt.

Trotzdem bewegt sich die Altenhilfe Tübingen gGmbH klar in einem Wachstumsmarkt, da die Kreissenienplaner bis 2020 eine Zunahme der pflegebedürftigen Menschen auf 4.800 prognostiziert (Ende 2005 noch 3.400). Welche Versorgungsformen in der Zukunft besonders nachgefragt werden, kann an dieser Stelle nicht eindeutig vorhergesehen werden, zumal sich trotz eines ersten Schritts zur Egalisierung bei der letzten „Reform“ der Pflegeversicherung 2008 der Grundsatz „ambulant vor stationär“ nach wie vor nicht in den Leistungsregelung des SGB XI wiederfindet.

Hinsichtlich des Entwicklungspotentials der stationären Pflege im örtlichen Markt ist zu beachten, dass nach der aktuellen Auswertung des Landratsamts (Stand 2008) im Landkreis Tübingen 1.422 stationäre Pflegeplätze vorgehalten werden, wobei der beschriebene Sondereffekt durch die vorübergehende Schließung des Luise-Poloni-Heims und die Neustrukturierungsphase des Samariterstifts in diesem Wert ausgeklammert sind. Diese Anzahl erfüllt bis auf 48 Plätze bereits heute die vom Statistischen Landesamt für das Jahr 2015 als untere Variante (Prognose: 1.470) vorausgerechneten Platzbedarfe, so dass sich der Wettbewerb zweifelsohne verschärfen wird.

Prozess- und Ergebnisqualität, ein als lebenswert empfundenes Wohnumfeld und Leistungsmerkmale, die sich aus der Masse hervorheben, werden in Zukunft noch stärker der Schlüssel zum Erfolg sein. Die Altenhilfe Tübingen gGmbH ist diesbezüglich in vielen Aspekten bereits gut aufgestellt. Zu nennen sind hier: Qualitätsmanagement, Wohngruppenkonzept des Bürgerheims sowie ein umfassendes Veranstaltungsprogramm und die sich ins Gemeinwesen öffnenden Cafeterien beider Häuser.

Da der örtliche Markt trotz seines grundsätzlichen Wachstumscharakters auch stärkere Merkmale eines Verdrängungswettbewerbs annehmen wird, kommt der öffentlichen Wahrnehmung und somit dem Marketing eine weiter wachsende Bedeutung zu. Auf die gute Tradition der alltäglichen aber auch veranstaltungs- und projektbezogenen Gemeinwesenorientierung mit zugehöriger intensiver Pressearbeit gilt es aufzubauen.

Sozialplanerisch und hinsichtlich der Bürgerwünsche wird der Trend in der Altenpflege zweifelsfrei in Richtung kleinräumiger, wohnortnaher Angebotsstrukturen gehen. Die Beteiligung an diesen Entwicklungen (wie im Projekt *Pfrondorf*) ist ein wichtiger Weg, um die Marktposition der Altenhilfe Tübingen gGmbH auf eine umfassendere Basis zu stellen, wenngleich räumliche Ausdifferenzierungen von Angeboten finanzökonomische Erschwernisse mit sich bringen. Aufgrund der geschilderten Sättigungstendenzen im Einzugsgebiet wird es sich in der stationären Versorgung deshalb eher um Breiten- denn um Mengenwachstum handeln können.

Die Altenhilfe Tübingen gGmbH strebt für die Zukunft einen behutsamen Ausbau der Leistungsangebote an. Lange Zeit war es das Ziel gewesen, mit sinnvoll aufeinander aufbauenden Angeboten das gesamte Spektrum von offenen und gemeinwesenorientierten Angeboten, ambulanter pflegerischer und hauswirtschaftlicher Versorgung, betreuten Wohnformen bis hin zur teilstationären und stationären Versorgung weiter zu verdichten, um eine stabilere Nachfrage zu generieren.

Im Geschäftsjahr 2012 stehen für die stationären und teilstationären Angebote wieder Pflegesatzverhandlungen an. Die Vergütungsvereinbarungen sind jeweils zum 01.03.2012 wieder verhandelbar. Die Verhandlungen werden aufgrund des unter 2.4. beschriebenen Trends auch zu führen sein.

Im Rahmen einer Strategiediskussion mit dem Aufsichtsrat im Herbst 2009 wurde vereinbart, Pflegesatzverhandlungen regelmäßiger zu führen, mit dem Ziel jährlich 1 bis 1,5 % zu erhöhen, nachdem die landesweiten Erfahrungen in den Pflegesatzverhandlungen gezeigt haben, dass es nicht mehr verlässlich möglich ist, tatsächliche realistische Kostensteigerungen im Pflegesatz „unterzubringen“ oder gar aus preispolitischen Gründen nur alle zwei bis drei Jahre die „Preise“ kräftiger zu erhöhen.

Auf Dauer ergeben sich hierdurch die Vorteile einer im Markt als maßvoll empfundenen Preispolitik und der Tatsache, dass auch geringe Ergebnisse in den „Refinanzierungssockel“ gehen und die Ausgangsbasis für die

folgenden Verhandlungen kontinuierlich anwachsen lassen. Beim innerstädtischen Pflegesatzvergleich liegen die beiden Häuser der Altenhilfe Tübingen gGmbH nur an sechster und siebter Stelle, was weniger in den personalintensiven Pflegesatzbestandteilen als in den günstigen Investitionskostenanteilen von 8,48 € bzw. 9,95 € begründet liegt. Aus Kundensicht ergeben sich hierdurch monatliche Preisunterschiede von mehr als 300.- €. Diesen Preisvorteil gilt es möglichst lange zu wahren.

Die Entwicklung der Vergütungen für die ambulanten Leistungen ist bekanntlich von den kollektivrechtlichen Vereinbarungen auf Ebene der Rahmenvertragspartner (z. B. Pflegesatzkommission ambulant) abhängig.

Für 2012 steht anlässlich der Eröffnung des Seniorenzentrums in Tübingen-Pfrondorf ein erhöhter Investitionsbedarfs an. Die Vorvereinbarung mit der Bauherrin sieht für die Pachtsache das Prinzip der „möblierten Einrichtung“ vor. Dennoch werden für Medizinprodukte, Telekommunikation, EDV und Gegenstände geringeren Werts etwa 70.000.- Euro aufzuwenden sein.

In die ferne Zukunft geblickt, bleibt abzuwarten, inwieweit der Einzelzimmerzwang aus der Landesheimbauverordnung, welcher derzeit ab 2019 vorgesehen ist, so uneingeschränkt umgesetzt wird. Wie beschrieben stehen für die kommenden Jahre ohnehin bauliche Überlegungen für die Standorte der Gesellschaft an. Während die Planungen für den Neubau in Tübingen-Pfrondorf die Vorgaben bereits abbilden, sind es in den kommenden Jahren bauliche Überlegungen für die beiden Bestandshäuser der Gesellschaft anzugehen. Als ersten Schritt haben Aufsichtsratsvorsitzender und Geschäftsführung im vergangenen Geschäftsjahr zwei Sondierungsgesprächen mit dem Landkreis Tübingen und dem Kommunalverband für Jugend und Soziales über die Schaffung einer Wohneinheit für die spezielle Bedarfsgruppe „junge Pflege“ durch eine bauliche und konzeptionelle Binnendifferenzierung eines Altbauflügels im Pauline-Krone-Heims geführt.

Fachkraftsituation

Die Besetzung von Fachkraftstellen zeichnet sich zunehmend als schwieriger ab. Um dieser Entwicklung entgegen wirken zu können, bildet die Altenhilfe Tübingen in Kooperation mit den entsprechenden Altenpflegeschulen weiterhin Altenpflegerinnen und Altenpfleger aus, um damit den eigenen Bedarf an Fachkräften besser decken zu können. Für das Jahr 2010 erwies es sich als Trumpf, dass im September fünf Auszubildende ihr Examen absolviert hatten und vier davon in ein Arbeitsverhältnis übernommen wurden. Alle fünf Ausbildungsplätze wurden wieder besetzt.

Tübingen, den 17.03.2011

Markus Kaufmann
Geschäftsführung

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Altenhilfe Tübingen gGmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2010 bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, den ergänzenden Vorschriften der PBV und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegen in der Verantwortung des Geschäftsführers der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Geschäftsführers sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Stuttgart, den 18. März 2011

WIBERA Wirtschaftsberatung AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Anita Botzenhardt, Wirtschaftsprüfer

Alexander Ecker, Wirtschaftsprüfer